

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden, E. K. W. P. 189
Herausgeber: E. K. W. P. 189
Redaktion: Dresden, E. K. W. P. 189
Vertrieb: Dresden, E. K. W. P. 189

Verleger: E. K. W. P. 189
Druck: Dresden, E. K. W. P. 189
Anzeigen: Dresden, E. K. W. P. 189
Abonnententafel: Dresden, E. K. W. P. 189

Druck u. Verlag: E. K. W. P. 189
Dresden, E. K. W. P. 189
Vertrieb: Dresden, E. K. W. P. 189

England wünscht eine Finanzkonferenz Frankreich macht wieder Schwierigkeiten

Berlin, 23. Sept. (Eig. Drahtm.) Unter dem Eindruck der von London ausgehenden finanziellen Ereignisse hat der Präsident der Bank für Internationale Zahlungen, Mac Garrath, sich nach London begeben. Der Präsident der B.N.B. wünscht sich in London vor allem über die weiteren Pläne der britischen Regierung hinsichtlich der englischen Währung zu unterrichten. Vor allem herrscht Unklarheit über die Frage, ob die britische Regierung beabsichtigt, das Pfund zu einem festzusetzenden Kurs zu stabilisieren, oder an einem dem Paritätsverhältnis nach festzustellenden Kurs zu stabilisieren. Nach Auffassung der B.N.B. ist die Entscheidung der britischen Regierung in dieser Beziehung auch deshalb von größter Bedeutung, weil dieser Entscheidung über die künftige Stellung Englands als Finanzzentrum, das bisher 60 Prozent aller internationalen Finanztransaktionen getätigt hat, entscheidend würde. Sobald über diese Absicht der britischen Regierung Klarheit herrscht,

berufung einer Konferenz, die sich auch mit allen weiteren, mit dem internationalen Währungsproblem zusammenhängenden Fragen beschäftigen soll, in Gang gekommen. Trotzdem von Seiten Frankreichs eine bindende Erklärung zur Teilnahme an einer solchen Konferenz noch nicht vorliegt, wird erwartet, daß Frankreich unter dem nun schon wachsenden Druck, welcher von der Außerkräftsetzung des Goldstandards in England ausgeht, doch noch seine Zustimmung erteilen wird.

Die Konferenz würde dann in Basel stattfinden und möglichst mit der geplanten Zusammenkunft der Notenbankleiter zusammengesetzt werden.

Diese Woche noch keine Börse

Berlin, 23. Sept. Nach einer Bekanntmachung des Börsenvorstandes in Berlin findet in dieser Woche eine Notiz in Wertpapieren und Devisen an der Berliner Börse nicht statt. Der freie Handel in diesen Werten ist nicht zulässig. Devisenurteile werden an der Reichsbank festgestellt werden. Die Notierungen an der Metallbörse werden am Donnerstag, dem 24. September, wieder aufgenommen. In der Zusammenkunft der deutschen Börsen vorstände wurden die für und gegen die baldige Wiedereröffnung der amtlichen Wertpapierbörsen sprechenden Gründe eingehend gewürdigt. Ein bestimmter Tag konnte hierfür noch nicht festgelegt werden. Es ergab sich aber einstimmig, daß nach Klärung der jetzigen Lage — wenn möglich in der nächsten Woche — die Wiedereröffnung a. d. h. erfolgen soll. Es wurde dem Berliner Börsenvorstand übertragene, hierüber nach Abstimmung mit den übrigen Börsenvorständen zu beschließen.

Am Golde hängt doch alles

Nachdem sich die Welt von dem ersten Schreck erholt hat, der durch die Aufhebung des Goldstandards in England, dem klassischen Land der Goldwährung, verbreitet wurde, beginnt allenthalben das Rätselraten nach dem Sinn und Zweck dieser aussehensberregenden Maßnahme. Die Währungs-theoretiker beherrschen das Feld. Sie zerbrechen sich vorläufig die Köpfe über die Frage, ob die Bank von England wirklich die Absicht hat, die Goldwährung als überlebt und ungeeignet für Krisenzeiten über Bord zu werfen, oder ob sie durch ihre zeitweilige Aufgabe nur den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage geschmeidig ausweichen und auf Umwegen doch wieder zur Goldbasis zurückkehren will. Der große Kampf um das Gold als Währungsgrundlage ist damit eröffnet. Und diejenigen Volkswirtschaftler führen das Wort, welche seit langem die Abkehr vom Goldwahn als bestes Heilmittel für die Nöte der Weltwirtschaft empfohlen haben.

Sie weisen darauf hin, daß die Goldwährung nicht die erste war und auch nicht die letzte sein wird. Der Glanz des edlen Metalls war es, der die Menschen zuerst angezogen hat. Wegen seiner größeren Seltenheit und Wertbeständigkeit und wegen der leichten Teilbarkeit des Stoffes hat es dann das lange Zeit herrschende Silber als Währungsfaktor verdrängt und in der Zeit des aufstrebenden Kapitalismus gute Dienste geleistet. Solange der Goldstrom von seinen Besitzern zweckmäßig verwaltet und dorthin geleitet wurde, wo die Weltproduktion Verlebung in Gestalt von langfristigen Investitionen brauchte, hörte man keine Klagen. Und England als Gold- und Goldmarkt der Vorkriegszeit darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, daß es seine Pflichten als Weltbankier in diesem Sinne gewissenhaft erfüllt hat. Seit Kriegsende ist aber diese legendreiche Funktion des Goldes systematisch und mutwillig gefährdet worden. Immer weniger wurde es wirtschaftlichen Vertriebs- und immer mehr politischen Machtmitteln dienstbar gemacht. Vor allem, seit Frankreich als Hauptnutznießer der Tributzahlungen in den letzten Jahren den Goldstrom an sich gezogen und gebortet hat, nicht um ihn dorthin zu leiten, wo er fruchtbar arbeiten konnte, sondern um das Gold nur kurzfristig auszulieihen und es beim geringsten Anzeichen möglicher Gefährdung, oft nur zum Zweck politischen Druckes, mit der Hartnäckigkeit eines Eshofes zurückzuführen. Diesen Goldmanipulationen sind der Reihe nach Oesterreich, Deutschland und England erlegen. Die Tatsache, daß auch die sprichwörtliche Sicherheit der Bank von England dieser französischen Goldpolitik nicht standgehalten hat, ist der beste Beweis dafür, daß ihre verheerenden Rückwirkungen auch vor den Toren anderer Volkswirtschaften nicht haltmachen werden und daß die ganze Weltwirtschaft auf diese Weise vor die Hunde gehen muß.

Wenn also das Gold in den Händen unfähiger und unwürdiger Verwalter zum Fluch für die ganze Menschheit geworden ist, wenn die Goldwährung aus Gründen, die nicht in ihr selbst, sondern in ihrer Behandlung liegen, verfallen hat, warum hält man dann daran fest? Der Zwang die Völker, das Gold als Hebel einiger herrschüftiger Politiker mißbrauchen zu lassen, wo sich doch die Gelehrten längst darüber einig sind, daß eine vernünftig regulierte Währung anderer Art, auch eine reine Papierwährung, ebenso sicher funktionieren und dieselben Dienste leisten kann? Es ist nur der geheimnisvolle Nimbus, der das Gold in den Augen der Menschen immer noch umgibt, welcher die Macht des Goldes aufrechterhält und uns in seine Anziehungskraft zwingt. Wenn aber dieser Fann durchbrochen würde, wenn England vorrangig und alle wirtschaftswichtigen Länder sich anschließen und das Gold als Währungsgrundlage entthronen, dann wäre der ganze Spuk erledigt und die nationalen Wirtschaften könnten sich ebenso wie die Weltwirtschaft auf neuer Grundlage einrichten. Eine englische Zeitung hat diesem Gedanken überflüssig Ausdruck gegeben mit der Meinung, durch ein solches Vorgehen könnten die Goldvorräte der Bank von Frankreich so zwecklos werden, daß sie nicht mehr den Play wert wären, auf dem sie lagern. Es schwirren ja schon Gerüchte, daß Italien, Griechenland und die besonders vom englischen Pfund abhängigen nordischen Staaten diesen Weg der Befreiung aus Goldfesseln einzuschlagen beabsichtigen. Und auch in Deutschland fragt man sich, ob wir uns in unserer viel schwierigeren Lage noch den Luxus einer Währung leisten dürfen, die nur die Gefühle unserer Kriegsgegner und Tributabhängiger besorgt. Trotzdem scheint die Zeit noch nirgends reif zu sein für so durchgreifende Entschlüsse. Spätere Geschlechter werden vielleicht die Köpfe darüber schütteln, wenn sie die Geschichte der großen Krise von 1931 studieren. Wir müssen aber im Zwang der Not mit den gegebenen Tatsachen rechnen. Und da ist die erste und wichtigste, daß Deutschland von sich aus keine währungsrechtlichen Experimente unternehmen kann, ohne schwerste Gefahren für seine ohnehin schon schwer todeliebende Volkswirtschaft heraufzubefördern. Nur zusammen mit den großen Wirtschaftsmächten wäre eine so radikale Lösung wie die Abkehr von der Goldwährung den-

Englisch-französisches Rededuell in Genf

Sir Arthur Salter fordert Revision!

Genf, 23. Sept. Der französische Finanzminister Flandin nahm am Mittwoch im Wirtschaftsausschuß der Völkerbundversammlung in einer größeren Rede zum internationalen Finanzproblem Stellung. Er führte u. a. aus, es bestrebe vielfach die Auffassung, daß ein Verschwinden der internationalen Schulden und der Reparationen eine wesentliche Erleichterung der internationalen Lage herbeiführen würde. Er glaube nicht daran;

der Bericht der Palater Sachverständigen sei vielmehr, daß die Krise in Deutschland ihre Ursache nicht in den Reparationsverhältnissen, sondern in der plötzlichen Zurückziehung der kurzfristigen Kredite habe.

Man könne unmaßlich den Banken, die kurzfristige Kredite gegeben hätten, Vorwürfe wegen der Zurückziehung der Kredite machen,

wenn sie diese Kredite selbst benötigten. Es sei durchaus irrtümlich, anzunehmen, daß die Aufhebung der Reparationszahlungen zu einer Gesamtlösung führen würde.

Flandin behalte sich sodann eingehend mit dem internationalen Goldproblem. Vollig unzutreffend sei es, daß die Goldhandlung in Frankreich auf den deutschen Reparationszahlungen beruhe.

Die harte Anhängung von Goldvorräten sei nur der Ausdruck des allgemeinen Vertrauens, das Frankreich entgegengebracht würde.

Die Bank von Frankreich und die Federal Reserve-Bank hätten in der letzten Zeit der Reichsbank und der Bank von England alle nur mögliche Hilfe geleistet.

Im schroffen Gegensatz zum französischen Finanzminister stellte der Vertreter der englischen Regierung,

Sir Arthur Salter,

in einer großangelegten Rede das Reparationsproblem in den Mittelpunkt der gesamten internationalen Finanzkrise und betonte, daß die heutige Krise im wesentlichen auf dem schwindenden Gleichgewicht der Zahlungen zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern beruhe. Die Schuldnerländer seien durch die politischen Schuldensabkommen gezwungen, ihre Ausfuhr mit allen Mitteln zu erhöhen.

Salter forderte mit großem Nachdruck vorläufige Hilfsmaßnahmen zur Ueberwindung der Krise durch Herabsetzung der Reparationen und der internationalen Zahlungen und durch sofortige Prüfung der Lage, die nach Ablauf des Hoover-Moratoriums eintreten würde. Die Reparationsfrage müsse neu geregelt werden.

Salter wies weiter darauf hin, daß gegenwärtig das System der

Goldwährung nicht mehr funktioniere.

Bedinglich ein Fünftel der Goldvorräte der ganzen Welt seien im Besitze der Schuldnerländer, während vier Fünftel

sich in den Händen der Gläubigerländer befänden. Salter hob dann folgende

sechs bemerkenswerte Punkte zur Ueberwindung der Finanzkrise

1. Die Aufrechterhaltung der bisherigen Schuldenregelung müsse zu einem Sinken der Lebenshaltung und damit zu einer weiteren Senkung der Preise führen. Selbst eine sofortige Senkung der Zollstrafen würde sich nicht in einer sofortigen Ueberwindung der Krise auswirken können.
2. empfahl Salter, die Notenausgabe der Staaten bis zu der gesetzlich zulässigen Grenze zu steigern. Eine derartige Maßnahme könne eine Wendung der gegenwärtigen Krise herbeiführen.
3. Die politische Verschuldung umfasse gegenwärtig ein Fünftel der gesamten internationalen Verschuldung, stelle jedoch einen wesentlichen Faktor des gesamten Zahlungsausgleichgewichtes dar. Eine Verlängerung des bisherigen Moratoriums sei daher zu erwägen.
4. Die Krise der kurzfristigen Kredite sei zeitweilig durch die Stillhalteabkommen für Deutschland zum Stillstand gekommen. Diese Maßnahmen müßten jedoch weiter ausgedehnt und verlängert werden.
5. Die Vergabung neuer langfristiger Kredite sei unbedingt erforderlich. Die Voraussetzungen hierfür sei jedoch eine Stärkung des internationalen Vertrauens durch Angleichung des Völkerbundpaktes an den Kelloggpat.
6. Die private Kreditgewährung könne durch Garantien der Regierungen die bisher fehlende Sicherheit erhalten und würde damit wieder neu belebt werden.

Salter schloß sodann vor, daß die Völkerbundversammlung in einer großen Entschliessung auf die Notwendigkeit einer neuen politischen und finanziellen Orientierung hinweisen und die Führung hierin übernehmen müsse. Der Rat müsse ferner in die Lage versetzt werden, bei finanziellen Hilfesuchen der Staaten unverzüglich eins zuschreiten. Er schloß mit dem Hinweis, daß die gegenwärtige internationale Krise nicht eine Krise der Armut, sondern eine Krise der Ueberflusses sei und daher mit natürlichen Mitteln überwinden werden könne.

Der französische Finanzminister Flandin

ergriff dann zum zweiten Male das Wort zu einer Erwiderung, in der er sich in den Hauptpunkten in scharfen Gegensatz zu der von Sir Arthur Salter vertretenen Auffassung stellte. Er erklärte, es sei unbedingt notwendig, die psychologischen Momente für die Wiederherstellung des Vertrauens und die Wiederherstellung des Zahlungsausgleichgewichtes weit stärker als bisher zu betonen. Er glaube nicht, daß die von Salter geforderte Angleichung des Völkerbundpaktes an den Kelloggpat wesentlich zur Wiederherstellung des Vertrauens beitragen werde. Ferner wandle er sich energisch gegen die von Salter empfohlene Erhöhung der Notenausgaben bis zur gesetzlich zulässigen Grenze und bezeichnete derartige inflationäre Tendenzen als äußerst gefährlich und schädlich. — Die Aussprache wurde darauf geschlossen.